

## Sparpaket gegen die Konjunktur Konsolidierung trifft Arbeitslose am stärksten

Die Bundesregierung hat ein gewaltiges Sparpaket zur Konsolidierung des Haushaltes vorgelegt: durch Einsparungen und Mehreinnahmen von über 80 Milliarden Euro bis 2014 soll der Haushalt konsolidiert und die Schuldenbremse eingehalten werden. Eindeutiger Schwerpunkt sind die Einsparungen, die Einnahmeseite trägt nur zu gut einem Drittel zur Konsolidierung bei. Das Paket weist eine gewaltige soziale Schieflage auf: Große Einkommen und Vermögen kommen ungeschoren davon, die Schwächsten der Gesellschaft müssen am stärksten bluten. Der Ausfall an konsumtiver Nachfrage wird die wirtschaftliche Erholung erheblich belasten.

### Rotstiftpolitik gegen Konjunktur und Beschäftigung

Die Bundesregierung sieht ihr Programm als einen Beitrag für solide Finanzen, neues Wachstum und Beschäftigung sowie als Vorfahrt für Bildung. Davon kann keine Rede sein. Zwar werden die öffentlichen Investitionen nicht angetastet, aber eine Offensive für Zukunftsinvestitionen bleibt aus. Ganz im bisherigen Politikstil handelt es sich um ein reines Konsolidierungsprogramm, das keineswegs Wachstum und Beschäftigung anregen wird. Das ist kein Aufbruch in eine neue Politik, sondern ein „weiter so“ wie vor der Krise.

Problematisch ist vor allem die soziale Schieflage des Programms. Mit über 30 Milliarden Euro machen die **Kürzungen bei Arbeitslosen, Hartz IV-Empfängern und Eltern** weit mehr als ein Drittel des gesamten Programms aus. Dazu kommen **Stellenstreichungen und Gehaltskürzungen im öffentlichen Bereich**. Neben der Ungerechtigkeit sorgt dies für einen massiven gesamtwirtschaftlichen Nachfrageausfall. Da Hartz IV-Empfänger sich Sparen nicht leisten können und ihre Einnahmen unmittelbar konsumieren, mindern die

Kürzungen die ohnehin schwache Konsumnachfrage. Dasselbe gilt für die geplanten **Einschnitte ins Elterngeld**.

### Belastung für wirtschaftliche Erholung

Damit wird das Sparpaket zu einer Belastung für die wirtschaftliche Erholung. Bereits für das kommende Jahr ist ein Konsolidierungsbeitrag von 11,2 Milliarden Euro vorgesehen. In den Folgejahren erhöht sich der Betrag auf 19,1 Mrd., 23,7 Mrd. und 27,6 Mrd. Euro. **Die massive Nachfragebelastung fällt in ein noch schwieriges wirtschaftliches Umfeld.** Das Versprechen der Bundesregierung aus dem Koalitionsvertrag, erst nach der Krise mit der Konsolidierung zu beginnen, ist hinfällig. Die Krise ist noch längst nicht überwunden. Beschäftigung und Wachstum werden damit begrenzt.

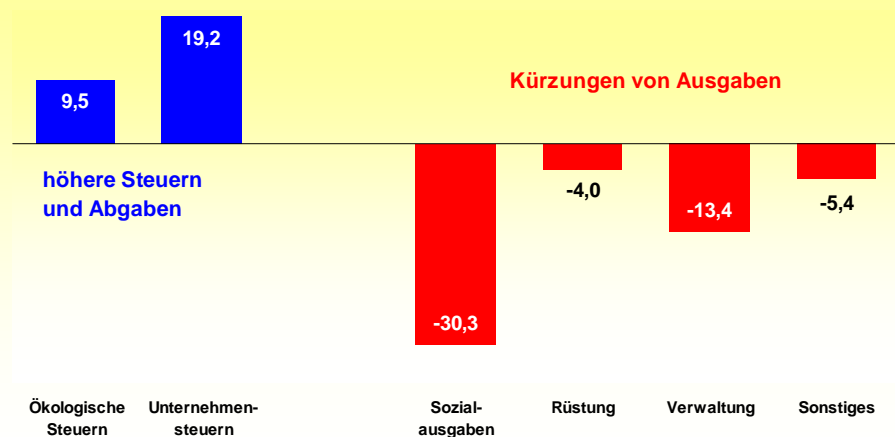
Damit gerät aber auch das zentrale Ziel, der Abbau der Verschuldung, ins Wanken. Weniger Wachstum und Beschäftigung bedeuten auch weniger Steuereinnahmen und damit mehr Schulden. Das haben schon viele Bundesregierungen vorher schmerzhaft erfahren müssen.

Zuletzt hatte Finanzminister Hans Eichel Ende der neunziger Jahre versucht, mit einem vergleichbaren Sparpaket die wachsenden öffentlichen Schulden zu begrenzen. Der Erfolg blieb aus, die Defizite wurden immer größer. Erst mit der kräftigen wirtschaftlichen Erholung ab 2006 sanken die Staatsdefizite spürbar.

Die alte Erfahrung, dass sich Staaten nicht aus einer Verschuldung herausparen, sondern nur herauswachsen können, gilt in der schwersten Krise seit 80 Jahren ganz besonders.

### Sozialkürzungen sollen den Staat sanieren

Geplante Mehreinnahmen und Kürzungen 2011 bis 2014 in Milliarden Euro



Quelle: BMDf

Grafik: IG Metall

<b>Wichtige Elemente des Sparpaket der Bundesregierung aus der Sicht der IG Metall</b>		
	<b>Maßnahme</b>	<b>Bewertung der IG Metall</b>
<b>Ökologische Steuern</b> Volumen: <b>9,5 Mrd. €</b>	Weniger Ausnahmen bei der Ökosteuer, Abgabe auf Flugtickets	Sinnvoll, sollte aber nicht für die Konsolidierung, sondern für den ökologischen Umbau genutzt werden.
<b>Unternehmensteuern</b> Volumen: <b>19,2 Mrd. €</b>	Brennelementesteuer, Zusatzabgaben Bankensektor, Abschöpfung Bahngewinn, Vorrang Staatsforderungen bei Insolvenz	Steuererhöhungen sinnvoll, doch die Beteiligung des Finanzsektors ist mit 2 Mrd. Euro jährlich völlig ungenügend, Bahngewinn sollte in dringend notwendige Investitionen fließen.
<b>Sozialausgaben</b> Arbeitslose Volumen: <b>29,5 Mrd. €</b> Allgemein Volumen: <b>0,7 Mrd. €</b>	Arbeitslose: mehr Ermessensleistungen, Abschaffung Zuschlag Alg II nach Übergang von Alg I, kein Zuschuss mehr für Rentenversicherung bei Alg II,  Allgemein: Begrenzung Elterngeld, Abschaffung Elterngeld bei Alg II, Streichung Heizkostenzuschuss beim Wohngeld,	Arbeitslose sollen die größte Last tragen, Ermessensleistungen können Willkür Vorschub leisten, Abschaffung befristeter Zuschlag verschärft sozialen Abstieg langfristig Beschäftigter, Kürzung bei Renten führt zu mehr Altersarmut und höhere öffentliche Belastung in der Zukunft. Abschaffung Elterngeld bei Alg II trifft Familien, alle Maßnahmen führen zu sinkenden Einkommen und damit sinkender Konsumnachfrage.
<b>Rüstung</b> Volumen: <b>4,0Mrd. €</b>	Prüfauftrag für Streitkräftereform	Pläne noch sehr vage, faktisch Einstieg in Berufsarmee.
<b>Verwaltung</b> Volumen: <b>13,4 Mrd.€</b>	Streichung von 10.000 Stellen, Gehaltskürzung von 2,5 Prozent bei Beamten	Beeinträchtigung der Verwaltung, höhere Arbeitslosigkeit durch Stellenwegfall, geringere gesamtwirtschaftliche Nachfrage.
<b>Sonstiges</b> Volumen: <b>5,4 Mrd. €</b>	Verschiebung Baubeginn Stadtschloss Berlin, Zinsersparnis	Sinnvolle Sparmaßnahme, Zinseinsparung nur bei Erfolg des Programms.

### **Ungerechte Lastenverteilung**

Das Sparpaket ist keine gerechte Antwort auf die Krise. Die enormen Kredite und Bürgschaften, die die Bundesregierung in den letzten beiden Jahren auf- und übernommen hat, sind die unmittelbaren Folgen des Kollaps des Finanzmarktkapitalismus.

**Die Verursacher der Krise werden aber an den Lasten der Krise kaum beteiligt.** Der vorgesehene Beitrag des Finanzsektors von zwei Milliarden Euro jährlich ab 2012 – wobei die konkrete Ausgestaltung noch völlig offen ist und sicher noch viel Spielraum für abwendende Lobbyarbeit bietet – macht gerade einmal sieben Prozent des Sparpaketes aus. Ein lächerlicher Beitrag. Hohe Einkommen und große Vermögen, die ganz besonders an der Expansion der Finanzmärkte mit verdient haben, werden überhaupt nicht belastet. Dagegen wird jetzt Arbeitslosen, Eltern und Beschäftigten im öffentlichen Dienst die Rechnung der Krise präsentiert. Das ist nicht zu akzeptieren.

Dabei darf nicht vergessen werden, dass die Bundesregierung gerade zu Beginn dieses Jahres mit dem Wachstumsbeschleunigungsgesetz noch reichlich steuerliche Wohltaten ausgeschüttet hat. Nach der Steuerschätzung bedeuten diese Steuerrechtsänderungen im Zeitraum bis 2014 Steuermindereinnahmen von ca. 35 Milliarden Euro! **Das bedeutet, mehr als ein Drittel des jetzt umgesetzten Konsolidierungsbedarfs wurde überhaupt erst durch die neue Regierung geschaffen.** Schon dieses Gesetz war zudem von sozialer Schieflage geprägt.

### **Keine Antwort auf Eurokrise**

Ein Argument der Bundesregierung für das rigide Sparpaket sind die gegenwärtigen Währungsturbulenzen. Das Sparpaket soll die Stabilität unserer Währung retten. Ein gefährlicher Trugschluss.

Überall werden jetzt in Europa Sparpakete geschnürt. Die Sparauflagen gegenüber Griechenland waren nur der Anfang. Spanien war ein weiterer Baustein. Aber wenn jetzt alle Länder in der EU kräftig sparen, kann die Konsolidierung nicht gelingen. Die Nachfrage wird brutal abgewürgt.

Die Verantwortung von Deutschland in dieser Krise, als einem Land, das einerseits einen hohen Leistungsbilanzüberschuss innerhalb des Euroraumes hat und andererseits noch relativ wenig verschuldet ist, wäre eine Ausweitung der Nachfrage. Das würde die wirtschaftliche Lage stabilisieren und wäre ein Beitrag zur Bewältigung der Krise. Ein Abwürgen der Nachfrage in Deutschland verschärft die Krise dagegen nur.

Dahinter steht der Gedanke, wir hätten über unsere Verhältnisse gelebt. **Doch Arbeitnehmer und Arbeitslose haben keineswegs über ihre Verhältnisse gelebt.** Das gilt bei immer noch schwach ausgelasteten Kapazitäten auch für die Industrie.

**Die IG Metall lehnt die von der Bundesregierung beschlossenen Kürzungen bei Arbeitslosen, Familien und der Arbeitsmarktpolitik ab und fordert die Korrektur dieser Beschlüsse.**